

Mainz, 16.11.2021

Antrag 1661/2021 zur Sitzung Stadtrat am

gem. Antrag: „Cities for Life – Städte für das Leben“ (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FDP)

Der Stadtrat beschließt:

Die Stadt Mainz schließt sich dem Bündnis gegen die Todesstrafe „Cities for Life – Städte für das Leben“ an. Gemäß der Bündnisidee wird die Stadt Mainz zukünftig ein zentrales Gebäude auf besondere Weise beleuchten. Traditionell wird dies am 30.11. getan, dem Tag an dem im Jahre 1786 die erste Abschaffung der Todesstrafe im Großherzogtum Toskana stattgefunden hat.

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung ein zentrales Gebäude auszuwählen, dass ohnehin bereits in den Abendstunden angestrahlt wird, für den Aktionstag z.B. farblich zu beleuchten. Im Gegenzug dazu werden umliegende Gebäude für die Zeit der Aktion weniger beleuchtet. Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob die Durchführung bereits 2021 oder erst ab 2022 möglich sein wird.

Begründung

Die Stadt Mainz als weltoffene und vielfältige Stadt bekennt sich mit diesem Symbol zu den allgemeinen Menschenrechten. In einer Zeit, in der Teile der Gesellschaften weltweit verrohen und sich radikalieren, ist es besonders wichtig, ein Zeichen zu setzen und sich zu den Menschenrechten, zuvorderst dem Recht auf Leben zu bekennen.

Die Todesstrafe verletzt das fundamentale Recht auf Leben und wird vielfach als Methode der Unterdrückung auch von Minderheiten und sozial und finanziell schlechter gestellten Menschen angewendet. Justizirrtümer können nach der Vollstreckung der Todesstrafe nicht wieder rückgängig gemacht werden. In einigen Staaten wird die Todesstrafe auch gegen Minderjährige und kognitiv beeinträchtigte Menschen verhängt. Auch internationaler Druck kann helfen, dass Staaten ihre Haltung zur Todesstrafe überdenken.

Der Beitritt der Stadt Mainz kommt 2021 zu einem besonders passenden Zeitpunkt, zumal die Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die diese Aktion an die Stadt Mainz herangebracht hat, dieses Jahr ihr 60-jähriges Jubiläum feiert und der Beschluss auch noch pünktlich vor dem Tag der Menschenrechte am 10.12. herbeigeführt werden kann.

Sylvia Köbler-Gross (Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Alexandra Gill-Gers (SPD-Stadtratsfraktion)
David Dietz (FDPStadtratsfraktion)